Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 41 (1947)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : Feind Nr. 1? ; Diktatur und Krieg ; Die andere Diktatur ; Die grosse Aktion ; Die Weltfront gegen den Kommunismus ; Der Gegenstoss ; "Umgekehrte Trumandoktrin" ; Deutschland ; Frankreich und Italien ; England ; Koloniale Götterdämmerung ...

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-138970

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

leider auch große Teile des deutſchen Volkes erfaßt ſind, auf jene reine, alle Mittel als heilig erklärende Erfolgsanbeterei, die ſchließlich — man kann nur mit Schaudern daran denken — einen Hitler (der 1933 für jeden moraliſch nicht defekten Sinn als Verbrecher ebenſo erkennbar war wie 1945), *wenn er nur ſiegreich geweſen wäre,* als „Führer" akzeptiert, ja wahrſcheinlich angebetet hätte?

Es ändert den *Grundcharakter* des Buches nicht, daß manche kluge und richtige Bemerkung und Beobachtung oder auch kritiſche Aeußerung darin zu finden iſt, Gedanken über die Einheit Europas, über Föderalismus und ähnliche Dinge dort vertreten ſind. Doch ſelbſt bei ſolchen Bekenntniſſen, die heutzutage beinahe „Mode" ſind (was wir mit aller implizierten Einſchränkung als Zeichen für das Vordringen dieſer Ideen werten), vermißt man die reale, vermißt man die von Silens allzu reichlich mit Verachtung geſtrafte *materielle* Grundlage. Denn ſo gewiß der Frieden „eine geiſtige Aufgabe ohnegleichen" iſt, ſo gewiß bedarf er als Grundlage einer materiellen, einer ſozialen Revolution, einer Revolution der *Gerechtigkeit.* Und iſt es denn nicht auch eine eminent *geiſtige Aufgabe,* dieſe oder die Vorbedingungen dafür zu ſchaffen? Dies aber ſicher nicht mit Anklagen gegen den „groben Materialismus", gegen den böſen „Marxismus uſw., nicht mit der Orientierung an den rückwärts gewandten Utopien eines Röpke. Schwerlich auch mit dem *chriſtlichen Konſervativismus,* zu dem Silens ſich bekennt, eine Doktrin, die ziemlich vage bleibt und mit den Ideen und Zielen der Religiös-Sozialen, ſoweit es der Schreibende zu beurteilen vermag, kaum etwas gemein hat. Als ihre Stammväter macht Silens beſonders namhaft den preußiſchen König der 48er Jahre, Friedrich Wilhelm IV. und ſeinen Berater Ludwig von Gerlach, deren reaktionäre Rolle in der Geſchichte uns keine gute Empfehlung für die Anſchauungen von Silens dünkt. Vollends ſtutzig aber wird man, wenn man lieſt (Seite 129), daß „eine unſichtbare, zerſtreute, formloſe, aber ſehr bedeutſame Gruppe: das wirklich konſervative Deutſchland" ſeine Verkörperung fand in ... Herrn von Papen! ... *R. K.*

Weltrundschau

Feind Nr. 1? Die eine, unteilbare Welt zu organiſieren, den lebensgefährlichen Widerſpruch zwiſchen dem *Sein* der Menſchen, das reißend ſchnell international wird, und ihrem *Bewußtſein,* das mit zäher Beharrlichkeit national, ja nationaliſtiſch bleibt, aufzuheben — das iſt auf lange hinaus *die* große Aufgabe aller Völkerpolitik und muß darum auch im Mittelpunkt aller weltpolitiſchen Betrachtungen ſtehen. Allein mit dieſer Feſtſtellung, die nach-

gerade banal anmutet, ist ja noch nicht viel gewonnen. Die entscheidende Frage ist immer, wo wir *ansetzen* müssen, um die unserer Zeit gestellte Aufgabe erfüllen zu können; mit anderen Worten: wo das hauptsächliche *Hindernis* liegt, das die Welt bisher nicht hat zur Einigung kommen lassen. Nach der Zerschlagung des Faschismus in seiner deutschen, italienischen und japanischen Gestalt geht in Westeuropa und Amerika — von Asien und Afrika her nehmen sich die Dinge wesentlich anders aus! — die weitaus überwiegende, durch eine ungeheure Propaganda genährte, ja eigentlich erst geschaffene Meinung dahin, daß der große Feind des Friedens und des Wiederaufbaus der Welt das *kommunistische Rußland* sei, das im Grunde, trotz gewissen zweitrangigen Unterschieden, vom gleichen Geiste beseelt sei, wie es Hitlerdeutschland war, und auf dessen Unschädlichmachung nunmehr alle guten Kräfte der Menschheit gesammelt werden müßten. Typisch für diese Auffassung ist jene Stelle in dem jetzt auch bei uns gierig verschlungenen Buche von V. Krawtschenko „Ich wählte die Freiheit" (das ja selbst ein Werkzeug der erwähnten Propaganda ist), an der behauptet wird:

„Der nächste Schritt zur Weltsicherheit liegt nicht in einer Weltorganisation — obschon auch diese kommen muß —, sondern in der Befreiung der russischen Massen von ihren Tyrannen. Man braucht bloß anzunehmen, Rußland werde durch irgend ein Wunder plötzlich demokratisiert, um zu erkennen, daß die meisten Spannungen, die heute den Frieden der Menschheit bedrohen, von selbst nachlassen und eine ehrliche Zusammenarbeit auf der Welt möglich wird. Die Befreiung Rußlands von seinem totalitären Joch, kann man einwenden, sei eine Sache, die nur die Russen angehe. Wer so denkt, begeht einen großen Fehler. In mancher Hinsicht hängt die Sicherheit der ganzen Zivilisation und die Möglichkeit eines dauernden Friedens von dieser Befreiung ab."

Das heißt also, etwas deutlicher gesprochen: Was jetzt nötig ist, um die menschliche Kultur zu retten und den Weltfrieden zu sichern, das ist ein Kreuzzug der freien Völker zum Sturze des Sowjetregimes. Jedes Zögern kann für die Welt gefährlich werden, darf man sich doch über die satanischen Absichten der Russen keinen Täuschungen hingeben; hätte die Sowjetunion die Atombombe als erste Macht der Erde hergestellt, so hätten sich die Machthaber im Kreml — Krawtschenko sagt das (Seite 525 der deutschen Ausgabe) mit dürren Worten — keinen Augenblick besonnen, sie gegen die westlich-kapitalistische Welt zu schleudern. Also . . .!

Diktatur und Krieg Das entscheidende Glied in diesem Raisonnement ist die Annahme eines notwendigen, ursächlichen Zusammenhanges zwischen der *Diktatur* in Rußland (die eine Tatsache ist) und einer *aggressiv-kriegerischen Außenpolitik* der Sowjetunion (die eine bloße Behauptung ist). Weil Rußland ein Diktaturstaat ist, müsse es auch zum Krieg treiben. Ist dieser Schluß richtig?

Er kann sich zweifellos auf allerlei geschichtliche Beispiele stüt-

zen. Diktaturen haben oft ſtärkſte Neigung — die bisweilen zum eigentlichen Zwang wurde — für eine nationaliſtiſche Eroberungspolitik bekundet; Gewalt im Innern legt Gewalt auch gegen außen nahe. Das wiſſen wir in der Tat. Aber wir wiſſen auch, wie fragwürdig alle Analogieſchlüſſe ſind. Und gerade im Falle Rußland iſt die Behauptung: „Diktatur gleich Kriegspolitik" nicht nur fragwürdig, ſondern offenkundig falſch und verhängnisvoll — trotz einem gewiſſen Augenſchein von ſowjetiſcher Ausdehnungspolitik und trotz der teils ſchroffen, teils undurchſichtigen Haltung der ruſſiſchen Diplomatie.

Die Sowjet-Diktatur, ſo wie ſie heute vor uns ſteht, iſt eben nicht bloß in der Welt- und Lebensanſchauung des Bolſchewismus begründet; ſie iſt noch weit mehr die Wirkung der aggreſſiven und kriegeriſchen Politik der *außerruſſiſchen,* beſonders der kapitaliſtiſchen und faſchiſtiſchen Welt, mit der die Sowjetunion ſeit 30 Jahren beſtändig in offenem oder verdecktem Kriegszuſtand, in einem faſt ununterbrochenen Kampf auf Leben und Tod ſteht. Die Diktatur iſt ſo für Rußland vor allem eine *Schutzeinrichtung,* ein Werkzeug der nationalen und ſozialen Verteidigung geworden; und daß im weſtlichen Kapitalismus und Imperialismus tatſächlich ſeit Jahrzehnten ſtärkſte Kriegskräfte wirken, die immer wieder mit in erſter Linie gegen die Sowjetunion gerichtet waren und ſind, das kann nur leugnen, wer das dämoniſche Weſen des Mammonismus verkennt oder unterſchätzt und dazu die auf der Hand liegenden Lehren der jüngſten Geſchichte gefliſſentlich überſieht.

Schutz, Verteidigung, Sicherung iſt der Grundgedanke der ruſſiſchen Außenpolitik namentlich auch ſeit Kriegsende. Daran ändert der Umſtand nichts, daß die Sowjetunion ein Lebensintereſſe an der Zurückdrängung, ja völligen Ueberwindung des Kapitalismus und Imperialismus hat, daß ſie die Verbreitung der kommuniſtiſchen Lehre und Praxis über die ganze Welt hin wünſchen, ja fördern muß, um ihr Leben zu ſichern. Darin liegt unbedingt eine Gefahr, nicht nur für die bürgerlich-kapitaliſtiſche Welt (für deren Verteidigung wir keinen Finger rühren), ſondern auch für den nichtkommuniſtiſchen, den freiheitlichen Sozialismus, deſſen Zerſetzung ein Unglück für das Abendland wäre; aber das darf uns dennoch nicht den Blick für die Tatſache trüben, daß die Sowjetunion ſeit der Liquidation ihrer weltrevolutionären Periode *keinen Krieg* für die Bolſchewiſierung der Welt zu führen bereit iſt, und daß ſie einen ſolchen Krieg, auch wenn ſie ihn zu wagen bereit wäre, auf lange, unabſehbare Zeit gar nicht zu führen *vermöchte.* Worauf heute und morgen und übermorgen die ruſſiſche Politik *tatſächlich* gerichtet iſt, gerichtet ſein *muß,* das mögen uns zwei Feſtſtellungen ſagen, die unlängſt ſogar in die gewiß unverdächtige „Neue Zürcher Zeitung" Eingang gefunden

haben. Die eine ſtammt von dem Rußlandſpezialiſten des Blattes, Waldemar Jollos, der bei der Schilderung der ruſſiſchen Kriegsſchäden bemerkt:

„Wohl macht der Sowjetſtaat die größten Anſtrengungen, um die Not zu beheben, wohl weiſt er mit Stolz darauf, daß es ihm in relativ kurzer Friſt gelungen iſt, Stalingrad, das Dnjepr-Stauwerk uſw. zu neuem Leben zu erwecken, aber noch Jahre werden vergehen, bis die ruſſiſche Bevölkerung wieder unter menſchenwürdigen Bedingungen leben und arbeiten kann. Wenn die Sowjets aus Deutſchland, Oeſterreich, Ungarn uſw. ganze Induſtrieanlagen, Gebrauchsgüter aller Art nach Rußland geſchafft haben, wenn ſie ſo zäh an ihren Reparationsforderungen feſthalten, ſo ſind ſie überzeugt, nur einem Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit zu folgen. Die ganze heutige Politik Moskaus wird ſicherlich durch die Rückſicht auf die unverſchuldete Miſere des ruſſiſchen Lebens und durch den Willen, neuen Zerſtörungen vorzubeugen, mitbeſtimmt."

Anderſeits ſchreibt der konſervative engliſche Journaliſt Crankſhaw, ein Mitarbeiter des „Obſerver" und alter Kenner Rußlands, was folgt:

„Obwohl die Beherrſcher Rußlands, Stalin und ſeine Kollegen im Politbureau, ſehr gut wiſſen, daß weder von Amerika noch von Großbritannien eine unmittelbare Kriegsgefahr droht, ſo glauben ſie, daß immerhin eine gewiſſe *Möglichkeit* für einen Kriegsausbruch innerhalb der nächſten zwanzig Jahre beſtehen könnte, und ſie möchten für dieſen Fall gerüſtet ſein. Von dieſer Abſicht wird die geſamte Außen- und Innenpolitik Rußlands getragen, und hinzu kommt das Wiſſen um die Schwäche und die Zerſtörungen des Landes. Um jeden Preis muß alſo der Krieg ſo lange als möglich vermieden werden. Und um jeden Preis muß Rußland ſo ſchnell als möglich aufgerüſtet werden."

So iſt es. Ein Werkzeug für den wirtſchaftlichen Wiederaufbau, für die militäriſche Rüſtung und für die Verteidigung gegen äußere Gefahr — *das* iſt in den Augen der führenden Männer Rußlands heute die Diktatur, nicht aber ein Mittel des Angriffs und der Bedrohung gegenüber anderen Völkern und Geſellſchaftsſyſtemen.

Die andere Diktatur Nun aber — wie ſteht es auf der anderen Seite der Barrikade? Denn es gibt ja doch nicht bloß die *politiſche* Diktatur in den öſtlichen, mehr oder weniger kommuniſtiſchen Staaten; es gibt auch die *wirtſchaftliche* und *ſoziale* Diktatur in den weſtlichen, mehr oder weniger kapitaliſtiſchen Staaten, die immer ſtärker die Neigung bekundet, auch zur politiſchen Diktatur zu werden. Oder ſollen wir uns umſtändlich um den Nachweis bemühen, daß es *dieſe* Diktatur ebenſo wirklich gibt wie die politiſche Diktatur in der Sowjetunion und den von ihr abhängigen Ländern? Sollen wir im einzelnen zu zeigen ſuchen, wie gefährlich für die Freiheit, die Wohlfahrt und den Frieden ſie iſt — umſo gefährlicher, je ſelbſtbewußter ſie in liberalem und demokratiſchem Gewande auftritt? Begnügen wir uns mit der einfachen Feſtſtellung, daß die Diktatur des Kapitals zu einer Kriegsgefahr erſter Ordnung herangewachſen iſt (obſchon ſie gewiß nicht die einzige Kriegsgefahr

iſt), und daß die Vereinigten Staaten von Amerika, die Zentralfeſtung des Weltkapitalismus, gleichzeitig auch die mächtigſte potentielle Kriegskraft geworden ſind, die nicht rein zufällig die allerverheerendſten Exploſivſtoffe in ſich birgt, die menſchlicher Geiſt bisher erfunden hat.

Das *offizielle Amerika* mit ſeinem ungebrochenen Glauben an die „freie Wirtſchaft" ſteht den großen ſozialen Umwälzungen der letzten 30 Jahre völlig verſtändnislos gegenüber. Es begreift nicht, daß das Zeitalter des Kapitalismus und Imperialismus, allem gegenteiligen Augenſchein zum Trotz, ſeinem Ende entgegengeht, vielleicht einem Ende mit unerhörten Schrecken. Wohl weiß in den Vereinigten Staaten jedermann, daß hinter der gegenwärtigen Hochkonjunktur, die ſehr zeitbedingt iſt, ſchon wieder die Kriſe lauert, und gerade in den letzten Wochen haben ſich die Anzeichen dafür vermehrt, daß der heimiſche Markt für zahlreiche Maſſengüter einer vorläufigen Sättigung entgegengeht, wenn auch ein ernſter Grund zur Annahme, daß ein eigentlicher Wirtſchaftszuſammenbruch bevorſtehe, nicht vorliegt [1]). Aber man hofft drüben immer noch, den bei der ungeheuren, ſtändig zunehmenden Leiſtungsfähigkeit der amerikaniſchen Produktion ſo dringend nötigen Ausgleich von Angebot und Nachfrage durch einen geſteigerten Abſatz im *Ausland* ſchaffen zu können, und forciert dieſen denn auch mit allen Mitteln, wobei neuerdings die großzügige Gewährung von Anleihen an die dollarſchwachen Länder für den Kauf von amerikaniſchen Lebensmitteln, Rohſtoffen und Fertigwaren, vor allem Maſchinen für Landwirtſchaft und Induſtrie, mehr und mehr in den Vordergrund tritt. Es werden da Pläne von beiſpielloſem Ausmaße gewälzt, Pläne, die freudigſt zu begrüßen wären, wenn ſie nicht zugleich die *Weltmachtſtellung* der Vereinigten Staaten in außerordentlichem Grade zu befeſtigen und zu erweitern beſtimmt wären. Denn die in Ausſicht genommenen Kredite ſollen ja ausſchließlich den ſogenannten freien Ländern zugutekommen, alſo auf keinen Fall der Sowjetunion und auch nicht den unter ihrem Einfluß ſtehenden Ländern, ſondern nur den anderen, die entweder ſchon jetzt zu Rußland in Gegenſatz ſtehen oder doch künftig in einen gegen die Sowjetunion gerichteten Weltblock eingefügt werden können. Dieſe Bedingung wird vermutlich — denn Klar-

[1]) Die neueſten Erhebungen des Handelsminiſteriums haben ergeben, daß in Handel und Induſtrie die Abſatzſteigerung, die ſeit über einem Jahr angehalten hat, im großen ganzen zum Stillſtand gekommen iſt. Die Zahl der Arbeitsloſen betrug im April bereits 2,5 Millionen (davon 500 000 allein in New York) — und dürfte, wenn die gegenwärtige Wirtſchaftstendenz fortdauert, in Bälde das Doppelte erreichen. Auch in der Landwirtſchaft befürchtet man Abſatzſtockung und Preisfall und ſieht der Zukunft mit Sorge entgegen, wobei man ſich daran erinnert, daß die große Kriſe der Dreißigerjahre zuerſt die amerikaniſche Landwirtſchaft erfaßt hat.

heit besteht darüber noch keineswegs — auch an den vor kurzem lancierten „*Marshall-Plan*" geknüpft werden, von dem jetzt alle Zeitungen voll sind, und der deshalb kaum zu Unrecht bereits als „die größte wirtschaftliche Operation im Sinne der Trumandoktrin" angesprochen wird.

Vielleicht ist die antirussische Zielsetzung der Anleihenpolitik der Regierung Truman-Marshall zum Teil nur ein Propagandamittel, um angesichts der wachsenden Verstrickung Amerikas in die Weltangelegenheiten nicht wieder isolationistische Strömungen aufkommen zu lassen und die amerikanischen Steuerzahler für die Uebernahme der großen Lasten gefügig zu machen, welche die Interventionspläne unvermeidlich zur Folge haben werden. Sicher ist aber, daß die maßgebenden Kräfte, die hinter der Außenpolitik der Vereinigten Staaten wirken, den *Kampf gegen die Sowjetunion* völlig ernst meinen, blutig ernst — einmal weil die verzweifelten Ausdehnungsbestrebungen des amerikanischen Kapitals überall, besonders in Westeuropa und Asien, auf die Sowjetunion und ihre Machtinteressen stoßen, und sodann darum, weil die bloße Existenz der Sowjetunion und ihr gewaltiger Einfluß auf die gedrückten und notleidenden Völkermassen eine Gefahr für den amerikanischen und den Weltkapitalismus darstellt, die um jeden Preis gebannt werden muß, solange es noch Zeit ist. Und das heißt nicht nur: solange Amerika noch das Monopol der Atombombe hat, sondern auch: bevor die nächste große Wirtschaftskrise kommt, die in den Vereinigten Staaten wie in der übrigen vom Kapitalismus beherrschten Welt zu schweren sozialen und politischen Erschütterungen führen und der Sowjetunion eine unerhörte Chance für die Ausdehnung ihres Machtbereiches bieten kann.

Die grosse Aktion Diesem Zweck, Sicherheit gegen Erschütterungen des gegenwärtigen Regimes und insbesondere gegen eine zweite, verbesserte und verstärkte Auflage des New Deal zu schaffen, dient in den Vereinigten Staaten weithin auch der so groß aufgezogene *Feldzug gegen die Kommunisten* und ihre Mitläufer. Kommunisten sagt man, Planwirtschafter und Gewerkschaften, Wallace und Dritte Partei meint man. Dieser Feldzug ist auch in der Berichtszeit zielbewußt weitergeführt worden. Der unglaubliche „Ausschuß zur Untersuchung amerikafeindlicher Umtriebe", vor den nun auch Charlie Chaplin und der Negersänger Robeson zitiert werden sollen, durchleuchtet in seiner Weise unermüdlich die hintersten Ecken der Union nach roten und rötlichen „Elementen"; die Säuberung der Verwaltung und der öffentlichen oder halböffentlichen Betriebe von „Staatsfeinden" nimmt allmählich geradezu groteske Formen an; und wie lange die Kommunistische Partei noch gesetzlich geduldet sein wird, bleibt erst abzuwarten.

Viel wichtiger ist aber die große *Offensive gegen die Gewerk-*

ſchaften, die ſich auf politiſchem Boden immer weiter entfaltet. Nachdem in 13 Einzelſtaaten mehr oder weniger gewerkſchaftsfeindliche Geſetze beſchloſſen worden ſind, haben nunmehr beide Häuſer der Bundesverſammlung der Reviſion des berühmten Wagnergeſetzes zugeſtimmt, und zwar in einer Form, die größere Streiks, ja auch nur Geſamtarbeitsverträge, faſt unmöglich machen und die Tätigkeit der Gewerkſchaften auch ſonſt ungemein erſchweren wird, wenn Präſident Truman ſeine Unterſchrift dazu gibt oder ſich das Parlament über ein Veto des Präſidenten hinwegzuſetzen vermag *). „Den erſten Schritt zum Faſchismus", hat Philip Murray, der Präſident des C. I. O., dieſer ſo gemäßigte, ſich übrigens zum römiſchen Katholizismus bekennende Gewerkſchaftsführer, der auch an der Spitze des mächtigen Stahlarbeiterverbandes ſteht, das neue Geſetz genannt; und in der Tat: mit der Kommuniſtenjagd hat es überall angefangen, mit der Lähmung der Gewerkſchaftsbewegung iſt es weitergegangen — und wo es gewöhnlich endet, das ſollte man nachgerade auch wiſſen. Man glaube ja nicht, Amerika ſei gegen ſo etwas wie Faſchismus unbedingt gefeit; wenn es auch in den Vereinigten Staaten kaum zu einer förmlichen Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten kommen wird, ſo gibt es doch der Mittel genug, um ihre tatſächliche Ausübung unmöglich zu machen (der Terror gegen die Neger in den Südſtaaten iſt nur *ein* Beiſpiel dafür) und die Volksmeinung nach dem Willen der Führerſchicht zu lenken wie in irgend einem offen totalitären Staat.

Natürlich dient die Offenſive gegen die Linke, neben ihrem innerpolitiſchen Zweck, in hohem Maße auch der neuen amerikaniſchen *Außenpolitik,* die unter dem Namen der Trumandoktrin, milde ausgedrückt, eine Art kollektiver Sicherheit gegen den Kommunismus erſtrebt. Dieſe Politik hat ſich in den vergangenen Wochen ebenfalls ſchärfer abgezeichnet. Die Stimmen mehren ſich, die eine endgültige Abwendung der Vereinigten Staaten von aller Zuſammenarbeit mit der Sowjetunion und die konſequente Neuordnung der außerruſſiſchen Welt nach dem Bild und Gleichnis Amerikas fordern. Herbert Hoover zum Beiſpiel empfiehlt den Abſchluß eines Sonderfriedens mit Weſtdeutſchland und Japan; andere Politiker verlangen den Ausſchluß Rußlands aus der Organiſation der Vereinten Nationen

*) Inzwiſchen hat Präſident Truman wirklich ſein Veto gegen das Geſetz eingelegt, und zwar in überraſchend ſcharfer Form. Das Abgeordnetenhaus hat es ſofort „überrannt", während im Senat ein ausſichtsloſer Kampf dagegen in dieſem Augenblick noch im Gang iſt. Die Folgen der Inkraftſetzung der Vorlage werden auf jeden Fall ſchwer ſein. Herr Truman aber hat ſich mit ſeinem Einſpruch die Stimmen der Gewerkſchaftsmitglieder bei der Präſidentſchaftswahl des nächſten Jahres wohl geſichert und damit gleichzeitig einer Kandidatur Wallace viel Wind aus den Segeln genommen. 23. Juni.

und ſeine förmliche Aechtung als Strafe für ſeine Weigerung, dem amerikaniſchen Plan für die Kontrolle der Atomkraftausnützung zuzuſtimmen, obwohl die neuen, am 12. Juni von Gromyko gemachten ruſſiſchen Vorſchläge eine überraſchend weitgehende Annäherung an den Baruchplan darſtellen und eine vollſtändige Einigung zwiſchen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion keineswegs als unmöglich erſcheinen laſſen; der unvermeidliche Mr. Bullitt aber, der immerhin amerikaniſcher Botſchafter in Moskau und Paris war, erläßt einen Aufruf zur Bildung eines „Bundes der europäiſchen Demokratien", der den Ruſſen eine fraglos überlegene, jederzeit ſchlagfertige Armee entgegenwerfen müſſe, denn es ſei heute „nur noch die Macht unſerer Luftwaffe und die Furcht vor der Atombombe, die Stalin davon abhalte, der Roten Armee den Befehl zu geben, ganz Europa zu beſetzen" ...

Die Regierung ſelber und die Führer der beiden Parteien, die das Land in Form einer Koalition beherrſchen, ſcheinen entſchloſſen, die *militäriſche Dienſtpflicht* als dauernde Einrichtung beizubehalten; der Sonderausſchuß, der zur Prüfung dieſer Frage eingeſetzt worden iſt, weiſt nachdrücklich darauf hin, daß ein Ueberfall auf die Vereinigten Staaten nach Art von Pearl Harbor ſtändig an Möglichkeit gewinne und von 1955 an ſogar ein Atombombenangriff zu gewärtigen ſei, der dann einen ſintflutartig über Amerika hereinbrechenden Vernichtungskrieg entfeſſeln werde. Präſident Truman ſetzt ſich denn auch immer wieder für ein Höchſtmaß militäriſcher Rüſtung ein, wobei er letzthin nicht davor zurückſchreckte, die Schaffung einer ſtarken, der Friedenswahrung dienenden Wehrmacht als „unſeren Anteil an der Ausführung des Willens Gottes" zu erklären, das heißt alſo der alten militariſtiſchen Loſung von der Kriegsrüſtung als beſter Friedensſicherung höchſte religiöſe Weihe und Autorität zu geben.

Preſſe und *Radio* leiſten ihrerſeits das Möglichſte, um das amerikaniſche Volk in Rüſtungsfieber und Kriegsfurcht hineinzujagen, der Tatſache bewußt, daß eine ſo friedfertige Nation wie die der Vereinigten Staaten nur dann auf den Kriegspfad geſtoßen werden kann, wenn ihr die Wahrſcheinlichkeit, ja Unvermeidlichkeit eines feindlichen Ueberfalls vorher über jede Möglichkeit eines moraliſchen Widerſtandes hinaus ſuggeriert worden iſt. Wer ein Beiſpiel dafür haben will, daß einem Volk auch bei formaler Preſſefreiheit und ganz im Rahmen der bürgerlichen Demokratie eine vollendete Diktatur der Lüge aufgezwungen werden kann, die im Innern den Kapitalismus aufrechterhält und die ſozialiſtiſche und Arbeiterbewegung zu Boden drückt, nach außen aber einen friedensgefährlichen Imperialismus und Militarismus begünſtigt, der findet es hier ſozuſagen in Reinkultur.

Die Weltfront gegen den Kommunismus

So nimmt denn, unter amerikaniſcher Führung, die Weltfront gegen den Kommunismus — und das heißt gegen die Sowjetunion — immer feſtere Formen an. Zunächſt auf der weſtlichen Halbkugel; die militäriſch-politiſche Zuſammenarbeit der Vereinigten Staaten mit Kanada einerſeits, Lateinamerika anderſeits wird zunehmend inniger, in jüngſter Zeit durch Staatsbeſuche Präſident Trumans in Ottawa und Mexico City noch beſonders unterſtrichen. Was die neue Allianz der Vereinigten Staaten mit *Mexiko* betrifft, die bei Amerikas ſüdlichem Nachbarn anſcheinend alle Erinnerung an den früheren erbitterten Widerſtand gegen den Yankee-Imperialismus ausgelöſcht hat, ſo werden deren Hintergründe nicht übel durch einen von diplomatiſcher Seite ſtammenden Artikel über die Lage in Mexiko beleuchtet, der am 30. Mai d. J. im „Volksrecht" erſchienen iſt. Es heißt darin:

„Die höheren Schichten, jene, die man als die Geſellſchaft oder die ‚hohe Geſellſchaft' bezeichnet, und deren Machtgrundlage durch die Revolution von 1910 ſtark geſchwächt wurde, ſowie auch die Bourgeoiſie erwarten von der engeren Bindung an die Vereinigten Staaten Kapitalhilfe von Wallſtreet. Das Volk ſelbſt, in großem Maße Analphabeten, mit einem unwahrſcheinlich tiefen Lebensniveau, hat die kindliche Illuſion einer kommenden Proſperität, die man ihm immer wieder verſprach, und die es nun mit der Hand zu greifen wähnt. Bei dieſen Elementen ſpielt auch der Einfluß der Kirche eine überwiegende Rolle, ein Einfluß, der unter der Präſidentſchaft Generals Cardenas zurückging, der aber heute, unter der offenſichtlichen Einwirkung der Vereinigten Staaten, neuerdings ſtark zugenommen hat.

.... Alle dieſe Einflüſſe verdichten ſich in dem Slogan der neuen amerikaniſch-mexikaniſchen Freundſchaft: Kreuzzug gegen den Kommunismus.

.... Dieſe Angſt vor der Sowjetunion wird aber in Mexiko nur von der katholiſchen Kirche und von jenen reaktionären Kreiſen, die neben der Beſchleunigung der wirtſchaftlichen Entwicklung Mexikos die Feſtigung der konſervativen, ja reaktionären Ordnung der lateinamerikaniſchen Staaten erhoffen, geteilt. Auch heute noch zeigt dieſe Haltung gewiſſe Aſpekte des Nationalſozialismus. Man vergeſſe nicht, daß Mexiko eine ſtarke deutſche Kolonie beſitzt, und daß der Großhandel in den Händen einer franzöſiſchen Kolonie iſt, die ihre Treue zu Marſchall Pétain erſt ableugnete, als das Bekenntnis nicht mehr opportun war.

Für alle dieſe Kreiſe iſt die enge Zuſammenarbeit mit Amerika ſchon vollzogen; denn weder die Preſſe noch die Wochenſchau erwähnen jene Orte, wo man im Begriffe iſt, Flugplätze für amerikaniſche Flugzeuge zu bauen, noch daß an verſchiedenen Punkten des Pazifik Marinebaſen entſtehen, die für die nicht vorhandene mexikaniſche Marine kaum notwendig wären. Und endlich, daß Mexiko überſchwemmt iſt von gewiſſen blonden und hohen Herren mit entwickeltem Bizeps, deren Aufgabe es iſt, die mexikaniſche Polizei zu reorganiſieren."

Angeſichts des Lärmes, der um jede ähnliche Bemühung der Sowjetunion in *ihrer* Intereſſenzone herum gemacht wird, ſind dieſe Feſtſtellungen beſonders pikant.

Im Zeichen des Kreuzzuges gegen den Kommunismus haben die Vereinigten Staaten nun auch endgültig ihren Frieden mit dem faſchi-

ſtiſchen *Argentinien* gemacht. Warum ſich auch noch um Kleinigkeiten zanken, wo man doch in der Hauptſache, eben dem Kampf gegen die rote Gefahr, ein Herz und eine Seele iſt?

In *Europa* und *Aſien* aber wird Amerika erſt recht immer offenkundiger die große Hoffnung aller Reaktion und ſozialen Konſervation. Von Franco und Salazar über Churchill, de Gaulle und de Gaſperi zu den rechtsbürgerlichen Gruppen in Oſteuropa und auf dem Balkan und weiter zu den türkiſchen Diktatoren und den feudalen Oberklaſſen der arabiſchen Welt bis hin zu Tſchiang Kai-Shek und den japaniſchen Truſtherren, nicht zu vergeſſen die in der römiſchen Kirche wirkenden demokratie- und ſozialismusfeindlichen Kräfte [2]) — überall gelten in dieſen Kreiſen die Vereinigten Staaten (es iſt ein Jammer!) als das feſteſte Bollwerk der alten Weltordnung, die man vom Kommunismus und von der Sowjetunion her am ſchwerſten bedroht ſieht. „Schluß mit der Sozialiſierung!", dieſe Parole Harold Staſſens, der ſeine Kandidatur für die Präſidentſchaft umſichtig vorbereitet und hier ſicherlich die Meinung des geſamten amerikaniſchen Groß- und Mittelbürgertums ausdrückt, findet natürlich beſonders ſtarken Widerhall bei den Anhängern der kapitaliſtiſchen „Ordnung" auch ſonſt in aller Welt, und es kommt nicht von ungefähr, daß die „Neue Zürcher Zeitung" den von Amerika ausgehenden Beſtrebungen, durch das Mittel des „privaten Unternehmergeiſtes" dem europäiſchen Wiederaufbau „die erwartete Initialzündung zu geben" (alſo dieſen Wiederaufbau zu einem grandioſen Geſchäft zu machen), überzeugten Beifall ſpendet, beſcheiden hinzufügend: „Daß auch die *Schweiz* dank ihrer angeſehenen Vermittlerſtellung hier gute Dienſte leiſten kann, liegt auf der Hand". Es liegt tatſächlich!

---

[2]) Im „Christian Century" ſchreibt Paul Hutchinſon: „Die römiſche Kirche hat jetzt einen vollendeten Meiſter der Staatskunſt an ihrer Spitze. Ein frommer Katholik, der beim Vatikan hoch in Gunſt ſteht, ſagte mir letzten Sommer in Rom, er frage ſich manchmal, ob der gegenwärtige Papſt nicht ein etwas zu vollendeter Meiſter dieſer krummen (devious) Kunſt ſei. Die römiſche Kirche hat auch eine wirklichkeitsgemäßere Auffaſſung von den politiſchen, wirtſchaftlichen und ſozialen Tatſachen des zeitgenöſſiſchen Lebens als die meiſten anderen Gemeinſchaften. Sie denkt weiter als andere Kirchen. Im Blick auf die Möglichkeit, von der kommuniſtiſchen Welle in Europa verſchlungen zu werden, bereitet ſie ſich vor, ihr Schwergewicht nötigenfalls nach Amerika zu verlegen. Mit der jüngſten Umgeſtaltung des Kardinalkollegiums dezentraliſiert ſie ſich ſo ſehr, als dies bei ihrer päpſtlichen Form überhaupt möglich iſt. Aber in ihrem heißen Bemühen, Verbündete zur Niederwerfung des Kommunisus zu finden und zu gebrauchen, erwirbt ſie ſich im Denken des Volkes den Ruf, für die Reaktion Partei zu nehmen, einen Ruf, den weder Rundſchreiben wie ‚Quadragesimo anno' noch ‚chriſtlich-ſozialiſtiſche' Programme wie das des franzöſiſchen M. R. P. auslöſchen können."

Der Gegenstoss Nun beginnt ſich aber bereits auch der ruſſiſche Gegenſtoß gegen die amerikaniſche Offenſive zu entwickeln. Im Vordergrund ſteht das, was unſere Preſſe den „kalten Staatsſtreich in *Ungarn*" heißt. Die Vorgänge, die dazu geführt haben, liegen im einzelnen noch ziemlich im Dunkeln; über ihren Sinn und Zweck kann aber kein Zweifel beſtehen. Die ruſſiſche Beſetzungsmacht hatte im Jahr 1945, entgegen allem ungariſchen Brauch und entgegen auch ihrer Praxis in den anderen Ländern ihres Einflußbereiches, darauf verzichtet, die Wahlen zum Abgeordnetenhaus zu „machen". Die Folge war, daß eben, wie bisher, die konſervativ-reaktionären Kräfte ſie machten (wenn auch diesmal ohne Mithilfe des amtlichen Apparats) und die ſogenannte Partei der Kleinen Landwirte, die Sammelorganiſation aller Anhänger des alten Regimes wie der Verteidiger der Agrarrevolution, eine Mehrheit von 55 Prozent der Sitze bekam. Zug um Zug hat ſeither die Sowjetunion dieſen Kunſtfehler korrigiert, und den vorläufigen Abſchluß der Operation bildet nun die neuerliche „Säuberung", ja Entmachtung der Kleinlandwirtepartei und die Erſetzung einiger ihrer bisherigen Miniſter, die allzu ſtark nach rechts zogen, durch ebenfalls der Partei angehörige zuverläſſige Freunde der Sowjetunion, die damit auch Ungarn eindeutig in die Hand bekommen haben dürfte und kaum mehr viel zu befürchten hat, auch wenn die ruſſiſchen Truppen das Land räumen müſſen.

Phantaſievolle Berichterſtatter wollten den Verſuch zu einem ähnlichen „Putſch" auch in *Oeſterreich* gemacht ſehen; doch erwies ſich bald, daß der kommuniſtiſche Abgeordnete Ernſt Fiſcher nicht von ſich aus, oder im Auftrag der Ruſſen, eine Erweiterung der Regierung nach links hin vorgeſchlagen oder gar die Erhebung der Kommuniſtiſchen Partei in die entſcheidende Machtſtellung angeſtrebt hatte, ſondern daß er einfach von einer Gruppe katholiſch-konſervativer Politiker wiederholt zu Beſprechungen eingeladen worden war, in denen, anſcheinend ziemlich dilettantiſch, auch die Zweckmäßigkeit einer Umbildung des Miniſteriums erörtert wurde, ohne daß die Sache aber weiter verfolgt worden wäre. Auch die Alarmmeldungen von einem bevorſtehenden gewaltſamen Sturz der klerikalen *ſlowakiſchen* Regierung ſind inzwiſchen als tendenziös erwieſen worden. Hingegen iſt es richtig, daß ſich in *Polen, Rumänien* und *Bulgarien* der ruſſiſch-kommuniſtiſche Druck auf die noch beſtehenden kümmerlichen Reſte der Oppoſitionsgruppen verſtärkt, ſo wie es auch auffallen mußte, daß gerade in den Tagen der ungariſchen Kriſe eine nach München einberufene Konferenz der Miniſterpräſidenten der *deutſchen* Länder von den Vertretern der Regierungen der ruſſiſchen Zone unter einem nichtigen Vorwand geſprengt wurde. Alle dieſe Vorgänge, mit denen dann auch noch die angeb-

lich von einem „geheimen Orchesterdirigenten" (das Wort stammt von Ministerpräsident Ramadier) geleiteten Streikbewegungen in Frankreich und sogar ein Einfall mongolisch-russischer Truppen nach *China* kombiniert wurden, beweisen zwar nicht — wie die landläufige Propaganda will —, daß die Welt einer großangelegten Verschwörung zur Aufrichtung einer kommunistischen Weltdiktatur gegenübersteht, wohl aber sind sie als Anzeichen eines bald da, bald dort ausgeübten *Gegendruckes* der Sowjetunion und ihrer Verbündeten gegen den Druck der Westmächte, besonders Amerikas, zu werten, als Stücke des großen Machtkampfes, der seit Kriegsende zwischen der westlichen und der östlichen Welt, mit den Vereinigten Staaten und Rußland als Hauptfiguren, im Gang ist. Wiederholt, auch in der letzten Weltrundschau, habe ich auf die Wirkungen hingewiesen, die der verstärkte Druck der Westalliierten und das unverantwortliche Kreuzzugs- und Präventivkriegsgerede auf die Russen haben müsse: nun sieht es so aus, als sei die russische Reaktion auf die amerikanische Aktion bereits ausgelöst worden — die erste Reaktion wenigstens, denn daß weitere, vielleicht bedeutend heftigere Bewegungen und Gegenbewegungen der einen wie der anderen Seite folgen werden, je mehr es auf die Herbsttagung der alliierten Außenminister zugeht, das ist freilich mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten.

«Umgekehrte Trumandoktrin»

Mit dieser Feststellung wird das Vorgehen der Russen in Ost- und Südosteuropa nicht gerechtfertigt; es *bleibt*, was es ist: gewalttätig, listenreich und gefährlich, und bewegt sich durchaus auf dem Boden jener Art Realpolitik, die wir besonders entschieden ablehnen, wenn sie im Namen einer angeblich dem Imperialismus und seinen Methoden überlegenen sozialistischen Grundanschauung auftritt. Aber *dazu* kann uns eine sachliche Würdigung des Zusammenhanges zwischen westalliierter und sowjetischer Machtpolitik doch helfen: daß sie uns vor jener billigen, pharisäerhaften Haltung bewahrt, die ihren Sarkasmus gewöhnlich nur nach *einer* Seite hin kehrt und in ihrem Eifer für Demokratie und Menschlichkeit die größten Ungerechtigkeiten und Sünden der *anderen* Seite erstaunlich leicht in Kauf nimmt.

Das ist wieder einmal besonders klar geworden im Fall *Ungarn*. Ein paar einfache Wahrheiten drängen sich hier doch ohne weiteres auf. Einmal: Ungarn war nie eine Demokratie. Es war immer eine feudal-kapitalistische Oligarchie, die zuletzt beim Pfeil- und Hakenkreuz gelandet ist. Wenn nun diese Exnazi und Judenschlächter, die sich hinter die Kleinlandwirtepartei gesteckt haben, von ihrem heiligen Kampf für Freiheit und Volksrechte reden, den sie angeblich führen, so ist das aus *diesem* Munde eitel Heuchelei und aufgelegter Schwindel.

Sodann: Die gegenrevolutionäre „Verſchwörung", die einem Teil der Führer der Kleinen Landwirte vorgeworfen wird, mag pour le beſoin de la cauſe dramatiſch aufgebauſcht worden ſein; in ihrem Kern iſt ſie aber dennoch keine einfache Zweckerfindung der Ruſſen, ſondern eine ſehr ernſt zu nehmende Tatſache. Oskar Pollak, der in Oeſterreich einen ſcharfen Kampf gegen die Kommuniſten führt, ſchreibt darüber in der Wiener „Arbeiterzeitung" trotzdem:

„Die alten herrſchenden Klaſſen dieſer Länder (der ruſſiſchen Zone), die ſich mit dem Faſchismus verbündet hatten, ſind beſiegt, aber ſie dürſten nach Rache. Wehe den Arbeitern und Bauern, wehe dem ganzen Volk, wenn die blutbeſudelten ‚Herren' wieder zur Macht kämen! Ein ungariſcher Sozialiſt hat es in einer Diskuſſion mit einem engliſchen folgendermaßen ausgedrückt: Wenn durch das Spiel der parlamentariſchen Demokratie bei euch in England die Rechte wieder ſiegen ſollte, ſo bedeutet das eine Regierung Churchill und ſchlimmſtenfalls die Reviſion einiger Geſetze. Bei uns bedeutet es, daß wir am nächſten Baum hängen würden ...

Die Wahrheit iſt, daß heute in Ungarn wie in andern öſtlichen Ländern die Rechte und die Linke, beide, voreinander Angſt haben müſſen: jede fürchtet ſich vor dem Terror der anderen und jede hat recht. Die Wahrheit iſt, daß die beſonderen Umſtände, unter denen die neue Demokratie in dieſen Ländern ins Leben trat — geführt von den Kommuniſten und verknüpft mit der ruſſiſchen Beſatzung —, ſehr raſch die Maſſe der Bauern und des Mittelſtandes von der Linken weg in die Arme der Rechten gedrängt hat. Das Regime antwortet mit der Einſchränkung der Demokratie; der Druck erzeugt Gegendruck — ſo daß heute ein Sieg der Rechten tatſächlich eine ernſte konterrevolutionäre Gefahr bedeuten müßte und deshalb mit Recht von der Linken mit allen Mitteln zu verhindern geſucht wird."

Und ſchließlich: Die Weſtmächte, beſonders Amerika, verteidigen die ungariſche „Demokratie" aus denſelben Gründen, aus denen ſie die „Demokratie" in Griechenland und der Türkei ſtützen — zum Zweck ihres Machtkampfes gegen die Sowjetunion und für ihre nahöſtlichen Wirtſchaftsintereſſen. Wenn aber Amerika das Recht beanſpruchen darf, ſeine Sicherheit am Boſporus und am Olymp, viele tauſend Meilen von der heimatlichen Küſte entfernt, zu verteidigen, mit welchem Recht will man es da der Sowjetunion verwehren, *ihre* Intereſſen an der Donau und in den Karpathen zu verteidigen, alſo im unmittelbaren Vorlande der ruſſiſchen Ebenen? „Die Vorgänge in Ungarn", ſo bemerkt der Waſhingtoner Korreſpondent der „NZZ" völlig zutreffend, „ſind eine weitere Auswirkung der ‚Trumandoktrin', inſofern als ſie le revers de la médaille darſtellen — die ‚Trumandoktrin' im Stile der Ruſſen." Wir, die wir die Trumandoktrin ſelbſt ablehnen, zögern nicht, auch ihre Umkehrung, ihre Anwendung durch die Ruſſen *gegen* die Amerikaner, zu beklagen und zu verwerfen. Gegen Atombomben und Raketenflugzeuge hilft kein eiſerner Vorhang! Wer aber die *amerikaniſche* Sicherheitspolitik für gerechtfertigt erklärt, der kann auch den Ruſſen keinen Vorwurf machen, wenn ſie ſich der nämlichen Mittel für *ihre* Zwecke bedienen. Siehe übrigens auch oben Mexiko!

Nebenbei: Zu welchen Ergebniſſen die angelſächſiſche Politik in *Griechenland* geführt hat, das erfährt man von dem britiſchen

Labour-Abgeordneten George Thomas, der auf Grund eigener Anſchauung im „Socialiſt Commentary“ ſchreibt:

„Freiheit gibt es in Athen, und nur in Athen, aber auch dort iſt die Freiheit auf die Hauptſtraßen beſchränkt. Wer ſich in den Vorſtädten und gar in der Provinz beim Leſen eines Linksblattes blicken läßt, der ſetzt ſich Mißhandlungen oder noch Schlimmerem aus. Die Sozialiſten ſind wegen ihrer politiſchen Oppoſition zur Regierung zu Tauſenden verbannt. Die Inſeln um Griechenland herum ſtecken voll mit politiſchen Verbannten ... Anſtändige Bürger, Aerzte, Advokaten, Lehrer, Hirten und andere aus allen Lebensgebieten flüchten ſich in die Berge, um ſich den Guerillas anzuſchließen ... Hier handelt es ſich nicht um einen gewöhnlichen Bürgerkrieg. Die Aufſtändiſchen kämpfen nicht, um an die Regierung zu kommen, ſondern um in Frieden leben zu können. Es iſt wichtig, zwiſchen den Aufſtändiſchen und der E. A. M. zu unterſcheiden, die als politiſche Bewegung kämpft, um Macht zu gewinnen. Es ſchien allgemeine Uebereinſtimmung darüber zu herrſchen, daß die Kommuniſtiſche Partei etwa 15 Prozent des Mitgliederbeſtandes der E. A. M. ausmacht, die eine Koalition von ſechs Parteien iſt.“

Und angeſichts ſolcher Früchte des weſtmächtlichen Eingreifens in Griechenland zu Gunſten der „Ordnungsparteien“ wundert man ſich noch, daß die Ruſſen ähnliche Zuſtände nicht auch in Ungarn wollen, wundert ſich, wenn die ungariſche Regierung, der eine grundſätzlich bereits bewilligte ungariſche Anleihe nun geſperrt werden ſoll, erklärt: „Wir werden unſere Freiheit um keinen Preis verkaufen. Wir haben nicht im Sinne, zu erlauben, daß man aus Ungarn Griechenland oder die Türkei macht!“

Deutschland Was von Südoſteuropa, das gilt auch von Weſt- und Mitteleuropa. Die Weſtalliierten ſind voller Sorge vor allem über die ruſſiſchen Pläne mit *Deutſchland*.

„Das wichtigſte Ziel der Sowjetpolitik für Deutſchland“, ſo ſchreibt in der „New York Times“ Drew Middleton, der als einer der geſcheiteſten amerikaniſchen Auslandkorreſpondenten geſchildert wird, „iſt die geiſtige und politiſche Beherrſchung des Landes und ſeines Volkes ... Deutſchland iſt der große geiſtige Kampfboden. Wird der Kampf dort verloren, dann wird er auch ſonſt überall auf dem Kontinent verloren ... Die Deutſchen werden (von ruſſiſcher Seite) als die Hauptmitarbeiter der Sowjetunion im neuen Europa betrachtet, als die Lieferanten der Techniker und der induſtriellen Schlüſſelprodukte für das ſich ausdehnende Sowjetreich ... Die ruſſiſche Beſetzungszone ſtellt hier den vollſtändigſten und bedeutendſten Sowjetbrückenkopf in Weſteuropa dar ... Die politiſche Einheit (Deutſchlands) hieße für die amerikaniſche und britiſche Zone Durchſetzung mit kommuniſtiſchen Parteiagitatoren. Ihre Aufgabe wäre die Hemmung der Produktion durch Streiks und Wegbleiben von der Arbeit, wofür die Beſetzungsmächte verantwortlich gemacht würden, während ſie gleichzeitig ihr Evangelium einem Volke predigten, deſſen Lebenshaltung ſänke.“

Die Spekulation à la baiſſe und gar die Abſicht einer planmäßigen Verſchlechterung der Wirtſchaftslage in Deutſchland, die hier den Ruſſen unterſchoben wird, ſcheint mir zum mindeſten unbewieſen, ja widerſinnig zu ſein; wenn die Sowjetunion Reparationen aus der laufenden Produktion Deutſchlands will, dann muß ſie im Gegenteil für eine Steigerung der deutſchen Wirtſchaftsleiſtung beſorgt

ſein. Daß aber die Ruſſen darauf ausgehen, die Hand auch auf Weſt- und womöglich Süddeutſchland zu legen und ein politiſch und wirtſchaftlich geeinigtes Deutſchland irgendwie unter ihren Einfluß zu bringen, das iſt ebenſowenig zu verkennen wie der Fortſchritt, den die Kommuniſten auch in der britiſch-amerikaniſchen Beſetzungszone (es handelt ſich ja ſeit dem 10. Juni wenigſtens wirtſchaftlich einmal um eine Einheitszone) in der letzten Zeit gemacht haben. Beſonders in Nordrhein und Weſtfalen, dem induſtriellen Kern Deutſchlands, ſind ſie bei den Landtagswahlen den Sozialdemokraten und den Chriſtlichdemokraten ſchon erheblich nahegerückt und üben auch in den Gewerkſchaften einen bedeutenden, im Bergarbeiterverband ſogar den maßgebenden Einfluß aus, was ihnen wirtſchaftlich — ähnlich wie in Frankreich — eine außerordentlich ſtarke Stellung ſichert. Anderſeits trägt die Verſchlimmerung der Ernährungs- und Produktionsverhältniſſe, die in den vergangenen Wochen ſozuſagen in allen Gegenden Deutſchlands eingetreten zu ſein ſcheint[3]) nicht wenig dazu bei, die Bevölkerung für die ruſſiſch-kommuniſtiſchen Loſungen empfänglich zu machen.

Aber haben denn — ſo muß man ſich immer wieder fragen — die Weſtalliierten eigentlich ein Recht, ſich über dieſe ganze Entwicklung zu beklagen? Was haben ſie bisher Entſcheidendes getan, um ſie zu verhindern? Und wenn ſie es den Ruſſen empört übelnehmen, daß ſie Deutſchland politiſch und wirtſchaftlich zu beherrſchen ſtrebten — was erſtreben denn *ſie?* Geht nicht eine mächtige Strömung namentlich auf amerikaniſcher Seite (Plan Dulles) darauf aus, mindeſtens Weſtdeutſchland, mit dem rheiniſch-weſtfäliſchen Induſtrierevier als Herzſtück, einem ausgeſprochen kapitaliſtiſch orientierten weſteuropäiſchen Bund einzuverleiben, der unvermeidlich in Gegenſatz zu Oſteuropa geraten müßte und auf das ruſſiſch beſetzte Deutſchland eine ſolche Anziehungskraft ausüben ſolle, daß ſich von hier aus eine Einigung Deutſchlands unter weſtlicher Führung ergäbe? Und wenn die Ruſſen verdächtigt werden, die deutſche Produktion künſtlich niederzuhalten, um die Volksmaſſen revolutionsreif zu machen: ſind denn die dem Dulles-Plan entgegengeſetzten amerikaniſchen Pläne, Deutſchland als Wirtſchaftskonkurrenten endgültig auszuſchalten (Projekt Morgenthau), ſchon gänzlich aufgegeben?

---

[3]) Aus dem rheiniſch-weſtfäliſchen Induſtriegebiet wird berichtet, die Kohlenförderung ſei ſo ungenügend (215 000 Tonnen im Tag gegen 450 000 Tonnen gemäß Plan), daß eine „Wirtſchaftskriſe größten Ausmaßes" drohe. Gleichzeitig halte der Lebensmittelmangel in unverminderter Schärfe an und rücke die Gefahr eines Abſackens nahe, von dem es dann für lange Zeit keine Erholung mehr gebe. Die Demoraliſierung nehme bedenklich überhand, und die Demokratie vollends ſei ſchwer bedroht. Auch in Südwürttemberg, das unter franzöſiſcher Herrſchaft ſteht, wird ein derartiger Mangel an Lebensmitteln, Werkzeugen und Material gemeldet, daß ein Zuſammenbruch nicht ausgeſchloſſen ſei.

Kurz: die ruſſiſchen Abſichten mit Deutſchland ſind eine Gefahr nur, ſolange Deutſchland ein Gegenſtand des Machtkampfes zwiſchen Oſt und Weſt iſt. Wie ihre ganze Außenpolitik, ſo iſt auch die Deutſchlandpolitik der Sowjetunion aufs nachhaltigſte von dem Bedürfnis nach Abwehr und Sicherung gegenüber dem expanſiven weſtlichen Kapitalismus und Imperialismus beherrſcht, während eine Organiſation Deutſchlands und Weſteuropas auf plan- und gemeinwirtſchaftlichem Boden ein völlig neues, grundſätzlich auf ein friedliches Zuſammenleben gerichtetes Verhältnis zwiſchen Oſt und Weſt ſchaffen müßte. Wer iſt aber für den *gegenwärtigen*, ſo unbefriedigenden, gefahrvollen Zuſtand mehr verantwortlich, die Ruſſen oder die Weſtalliierten?

Frankreich und Italien

Der unheilvolle Einfluß der weſtmächtlichen Geſamtpolitik zeigt ſich auch in Frankreich und Italien. Es geht zwar zu weit, bereits von einer „Trumaniſierung" *Frankreichs* zu reden; daß aber der amerikaniſche Druck auf Frankreich, bei aller Diskretion, mit der er ausgeübt wird, außerordentlich ſtark iſt; daß die Vereinigten Staaten ihre Wirtſchaftsmacht, alſo ihre Fähigkeit, Geldmittel, Kohle, Getreide uſw. dem notleidenden und auf Amerika angewieſenen franzöſiſchen Volke zu liefern oder vorzuenthalten, auch politiſch auszumünzen ſuchen; daß Mr. Bullitt (der ſchon in der Vichyzeit eine ſo bedenkliche Rolle geſpielt hat) mit General de Gaulle in unmittelbarer Fühlung ſteht und der gegenwärtige amerikaniſche Botſchafter, Caffery, gleichfalls ein entſchiedener Anhänger des Gaullismus und Gegner des Kommunismus und Sozialismus iſt — all das ſind Tatſachen, die ebenſo wenig zu beſtreiten ſind, wie daß die bereitwillige, ja erleichterte Annahme des Ausſcheidens der Kommuniſtiſchen Partei aus der Regierungskoalition in engem Zuſammenhang mit der amerikaniſchen „Hilfspolitik" ſteht. Und die Vermutung iſt kaum ſehr abwegig, daß die Kommuniſten in ein paar Monaten ohnehin aus der Regierung verdrängt worden wären, wenn ſie ſich nicht unklugerweiſe ſelber ausgebootet hätten.

Inzwiſchen hat ſich allerdings erwieſen, wie kurzſichtig es von den anderen Koalitionsparteien war, ohne oder gegen die Kommuniſten regieren zu wollen. Es iſt zwar unrichtig, was jetzt überall (natürlich auch in der Schweiz) behauptet wird, daß die endloſen *Streiks*, die jetzt Frankreichs Wirtſchaftsleben erſchüttern, von einem unterirdiſchen kommuniſtiſchen Komitee geleitet würden. Gerade dieſer Tage verſicherten mir zwei religiös-ſoziale Freunde aus Frankreich, führende Vertreter der Bewegung des Chriſtianisme ſocial, daß davon in Wahrheit keine Rede ſein könne. *Soweit* überhaupt politiſche Einflüſſe bei den Streiks mitſpielten, gingen ſie von den Linksſozialiſten Proudhonſcher Tradition, von der ſozialiſtiſchen Jugend,

von den Anarchiſten und Trotzkiſten aus, alſo von zum Teil ſehr ſcharfen Gegnern der Kommuniſten. Und Aehnliches ſtellt der trotz ſeinem proteſtantiſchen Glauben dem MRP. und der Bewegung „Eſprit“ angehörende François Goguel im „Servir“ (Lauſanne) feſt, dabei auch auf die wirtſchaftliche Notlage der franzöſiſchen Arbeiterſchaft und auf ihre Enttäuſchung über die zunehmende Verbürgerlichung der Vierten Republik wie über die Fortdauer der kapitaliſtiſchen Herrſchaft hinweiſend.

Die Kommuniſten ſind urſprünglich ſogar, ihrer Ueberzeugung von der Notwendigkeit harter Arbeit und bitterer Entbehrungen zu Gunſten der Wiederaufrichtung der franzöſiſchen Wirtſchaft getreu, *gegen* die Streiks geweſen und haben ſie ſchließlich nur darum unterſtützt, weil ſie den Anſchluß an die revoltierenden Arbeitermaſſen nicht verlieren wollten. Die Streikbewegung trägt wirklich einen weſentlich ſpontanen Charakter und würde keinesfalls abbrechen, auch wenn die Kommuniſten ihren Einfluß *gegen* ſie in die Waagſchale würfen. Daß aber die wirtſchaftliche und ſoziale Lage eine bedeutende Erleichterung erfahren würde und bedrohliche politiſche Entwicklungen in Frankreich vielleicht geradezu unterblieben, wenn ſich die jetzigen Regierungsparteien um die Heranziehung der Kommuniſten zur Mitverantwortung bemühten, das iſt gleichwohl wahrſcheinlich, um nicht zu ſagen ſicher. Nur — iſt das jetzt noch möglich? Haben ſich die Sozialiſten und Katholiken (MRP.) nicht ſchon ſo weit in ihren Antikommunismus verrannt, haben ſie nicht ſchon ſo unwiderruflich auf das amerikaniſche Pferd geſetzt, daß die Kommuniſten nur immer ſtärker in die Oppoſition, ja in die Iſolierung und ſchließlich die Geſetzloſigkeit, alſo in den Untergrund und eine neue Réſiſtance, hineingedrängt werden und entſprechend die Macht der Rechten wächſt?

Es gibt tatſächlich in Frankreich zur Zeit für die Parteien des ſozialen Fortſchritts nichts Gefährlicheres, als ſich in einen ſturen Gegenſatz zu den Kommuniſten zu verbohren. Was immer die Kommuniſtiſche Partei anderwärts ſein mag — in Frankreich iſt ſie nicht nur *die* Partei des Proletariats, nicht nur die größte und am beſten organiſierte politiſche Volksbewegung (ihr Mitgliederbeſtand hat ſich ſeit 1939 von 300 000 auf eine Million und ihre Stimmenzahl ſeit 1936 von einer Million auf faſt 5½ Millionen gehoben); ſie iſt auch eine der ſtärkſten Kräfte der franzöſiſchen Demokratie und des friedlichen Wiederaufbaus des Landes. Das hat neulich, im Geſpräch mit Henry Wallace, ſogar Léon Blum anerkannt. „Ich fragte“, ſo berichtet Wallace darüber in der „New Republic“, „ob er die Kommuniſtiſche Partei als demokratiſch betrachte. Blum erwiderte: Seit dem Krieg — ja. Die Kommuniſten müſſen als zum Kreiſe der demokratiſchen Parteien gehörig angeſehen werden. Ihr Programm und

ihre Sprache ſind die gleichen wie die der anderen. Vielleicht ſind ſie ehrlich in ihrem Kulte der Demokratie, vielleicht ſind ſie es nicht. Die Wirkung iſt heute die gleiche, und ich will für einmal ihre Redlichkeit nicht in Frage ſtellen." Wallace ſelbſt hat von ſeinen Unterredungen mit Führern der franzöſiſchen Kommuniſten wie auch mit in Paris lebenden Amerikanern einen ähnlichen Eindruck empfangen. Aber was richtet Vernunft gegen antikommuniſtiſche Leidenſchaft aus? Und was wird herauskommen, wenn amerikaniſch-kapitaliſtiſcher Einfluß Frankreich wirklich entſcheidend nach rechts treiben ſollte?

Für *Italien* ſtellt ſich die gleiche Frage. Die italieniſche Rechte ſucht um jeden Preis amerikaniſche Hilfe für ihr furchtbar erſchöpftes Land. Und de Gaſperi, an dem — wie er wohl von Anfang an vorausſah — die Bildung der neuen Regierung doch hängen geblieben iſt, hat dieſer Hilfe denn auch die Beteiligung der Kommuniſten und Linksſozialiſten an der Regierung ohne Zögern geopfert, ſo daß er ſich nunmehr ganz auf die klerikale und konſervativ-monarchiſtiſche Rechte ſtützen muß. Das mag als bloß vorübergehende Notlöſung gemeint ſein; „daß ſich aber eine entſcheidende Wendung zu Gunſten der konſervativen und reaktionären Kräfte vollzogen hat, ſteht außer Zweifel", wie der römiſche Korreſpondent der „NZZ" richtig bemerkt. Und daß dabei amerikaniſcher „Rat", vermittelt nicht zuletzt durch den Botſchafter der Vereinigten Staaten in Rom, einen Katholiken iriſcher Abſtammung, maßgebend mitgewirkt hat, kann wohl ebenſowenig bezweifelt werden. Amerika braucht eben nicht ſo häßliche und von der gegneriſchen Propaganda noch häßlicher gemalte Mittel anzuwenden wie Rußland, um einen „kalten Staatsſtreich" in einem Lande *ſeiner* Einflußzone durchzuführen ...

England Der providentielle Vermittler zwiſchen Rußland und Amerika wäre *England* und namentlich ſeine Labourregierung. Es fühlt denn auch deutlich, daß es berufen iſt, die Aufſpaltung der Welt in zwei feindliche Blöcke zu verhindern und die *Einheit* der Völkerfamilie herbeizuführen. „Das Ziel der Labourregierung iſt", ſo heißt es in der von der Leitung der Labourpartei auf den Kongreß von Margate hin veröffentlichten Programmſchrift „Karten auf den Tiſch!", „einen endgültigen Riß zwiſchen den großen Drei zu verhindern." Großbritannien dürfe in Abhängigkeit weder von den Vereinigten Staaten noch von der Sowjetunion kommen; es müſſe ſeinen eigenen Weg gehen, deſſen Ziel die kollektive Friedensſicherung im Rahmen der Vereinten Nationen ſei.

So weit, ſo gut. Allein in der täglichen weltpolitiſchen Praxis nehmen die Dinge eben eine etwas andere Geſtalt an als in einer zur Beruhigung aufbegehrender Parteigenoſſen ſchnell hingeworfenen

Agitationsbroſchüre. Auf der einen Seite bleibt Großbritannien trotz allen Rückzügen und trotz ſeiner enormen Schwächung durch den Krieg eben nach wie vor eine Weltmacht — wenn nicht erſten, ſo doch gewiß zweiten Ranges, eine Macht, hinter der eine ſtolze imperiale Tradition, ein konſervatives, klaſſen- und raſſenbewußtes Beamtentum und gewaltige kapitaliſtiſche Intereſſen ſtehen. Und dieſe Weltmacht ſtößt, weniger heftig zwar als die Vereinigten Staaten, aber doch noch immer ſtark genug, in erſter Linie ebenfalls mit den Machtintereſſen der Sowjetunion zuſammen, umſo mehr als die ruſſiſche Außenpolitik, in Unterſchätzung der britiſchen Kraft, eine Zeitlang an ein nahes Auseinanderfallen des Britiſchen Reiches geglaubt zu haben ſcheint, und als die Sowjetunion in dem demokratiſchen Sozialismus der Labourpartei ihren Hauptkonkurrenten im Ringen um die Seele der Völker ſah oder immer noch ſieht [4]).

Auf der anderen Seite ſteht England geiſtig ebenſo wie wirtſchaftlich und politiſch in ſo enger Bindung mit Amerika, daß ſich auch daraus ganz von ſelber eine weit ſtärkere Gemeinſamkeit mit der amerikaniſchen Weltpolitik ergibt, als ſie jemals mit der ruſſiſchen Politik möglich ſein wird. Und die goldene Kette, welche die vorjährige amerikaniſche Anleihe um Großbritannien geſchlungen hat, läßt dieſe Gemeinſamkeit erſt recht deutlich ſichtbar werden.

In den weſentlichen Fragen der internationalen Politik hat ſich darum ganz natürlicherweiſe, trotz gewiſſen Reibungen und Spannungen, eine grundſätzliche, weitgehende Solidarität zwiſchen dem Britiſchen Reich und den Vereinigten Staaten herausgebildet, die Eng-

---

[4]) Seither hat ſich die ruſſiſche Einſtellung zu England freilich ſtark geändert und dementſprechend auch die engliſche Haltung gegenüber Rußland. Die „Tribune" (vom 30. Mai) weiſt beſonders auf die Unterredung hin, die Bevin und Stalin anläßlich der Moskauer Konferenz miteinander hatten, und in der Stalin betont habe, er widerſetze ſich den britiſchen Intereſſen im Mittleren Orient keineswegs und ſehe keinen Grund dafür, daß die ruſſiſche Politik dieſen britiſchen Intereſſen zuwiderlaufen ſolle. „Was wir jetzt beobachten können", ſo ſchreibt das Londoner Labourblatt, „iſt eine höchſt intereſſante Aenderung der früheren ruſſiſchen Politik im Mittleren Oſten. In Perſien, Aegypten und anderwärts ſuchten die Ruſſen bisher ihren Einfluß auf eigene Fauſt auf Grund von Unterſtützung aus dem Volke heraus geltend zu machen. Damit ſind ſie geſcheitert, als das Experiment von Aſerbeidſchan mißlang. Jetzt ſind die Ruſſen offenbar der Meinung, ihre erſte Aufgabe beſtehe darin, Amerika aus dieſem Gebiete fernzuhalten, und ſie begrüßen darum die weitere Anweſenheit der Engländer als das kleinere Uebel, das dem anderen vorzuziehen ſei."

Was die Haltung und die Intereſſen *Amerikas* im Mittleren Oſten, dem reichſten Petrolgebiet der Welt, betrifft, ſo ſeien hier zur Erklärung nur ein paar Sätze aus Präſident Trumans jüngſter Rede in Kanſas City angeführt: „Ein Mangel an Erdöl droht in naher Zukunft. Die Vereinigten Staaten brauchen heute in einem Tage mehr Erdöl, als vor dem Kriege die ganze Welt verbrauchte. In Teilen des Mittelweſtens macht ſich der Mangel an Erdöl bereits fühlbar. Eine Nation iſt aber nur ſo ſtark wie ihre Produktionskraft, und unſere Kraft iſt heute durch ungenügenden Rohſtoffbeſitz eingeſchränkt." Das ſagt allerhand.

land verhindert — zum Beiſpiel in der Deutſchlandfrage, in der Haltung gegenüber Franco-Spanien, gegenüber Griechenland, gegenüber China und Japan —, dem kapitaliſtiſchen Imperialismus der Amerikaner mit derjenigen Beſtimmtheit entgegenzutreten, die von einer *ſozialiſtiſchen* Regierung umſo eher erwartet werden müßte, als der unvermeidliche Rückſchlag der amerikaniſchen Wirtſchaft und der ihr dienenden Außenpolitik auch England ſchwer zu treffen droht. Wohl gibt es gegen die Schwächen und Hemmungen der britiſchen Außenpolitik gegenüber Amerika innerhalb der Labourpartei ſelber eine gewiſſe Oppoſition; aber der Parteitag von Margate hat die Ohnmacht der ja wiederum in verſchiedene Untergruppen geſpaltenen Oppoſition ſo deutlich enthüllt, daß die bürgerliche Preſſe ſchadenfroh von einem „entſcheidenden und wahrſcheinlich auf lange Zeit hinaus maßgebenden Sieg der herrſchenden Richtung" ſprechen darf, von einer „für die linksradikale Gruppe vernichtenden Niederlage", von der ſie ſich wahrſcheinlich lange Zeit nicht erholen werde. Das iſt vermutlich nur zu richtig. Aber gut iſt es wahrhaftig nicht.

Koloniale Götterdämmerung

Eine ſtaatsmänniſche Leiſtung erſter Ordnung, die der britiſchen Regierung gelungen iſt, ſtellt die überraſchende Herbeiführung einer völligen Einigung zwiſchen Hindus und Mohammedanern über die Zukunft *Indiens* dar. Es iſt freilich eine Einigung über die *Trennung* Indiens in zwei Dominien, Hinduſtan und Pakiſtan, eine Löſung, die äußerlich eine Niederlage Gandhis bedeutet, ſachlich aber ohne die jahrzehntelange Verſöhnungsarbeit dieſes ſeltſamen Mannes kaum möglich geweſen wäre und darum von ihm auch ohne Murren angenommen wird, während die große ſozialiſtiſche Partei Indiens ſie grundſätzlich ablehnt. Allein die Tatſache, daß nun die Engländer Indien räumen können in der Gewißheit, kein Chaos hinter ſich zurückzulaſſen, ſondern — trotz neuen blutigen Zuſammenſtößen zwiſchen Hindus und Mohammedanern — zwei ſich ſchiedlich-friedlich auseinanderſetzende Volks- und Religionsgemeinſchaften, und daß die Befreiung Indiens von der bald zweihundertjährigen britiſchen Herrſchaft noch vor Ende Auguſt, faſt ein Jahr früher als in Ausſicht genommen, ſtattfinden ſoll — dieſe Tatſache mutet doch wirklich wie ein Wunder an und iſt es auch. Ob die beiden neuen Staaten im britiſchen Reichsverband verbleiben werden, nachdem ſie ihre Unabhängigkeit erlangt haben, ſteht dahin; hoffen wir es. Denn es iſt ja wirklich ſo, wie der auſtraliſche Miniſterpräſident Fraſer kürzlich in einer Rede geſagt hat:

„Das Volk der britiſchen Dominien betrachtet den Dominionſtatus nicht als eine unvollkommene Art Unabhängigkeit. Er iſt im Gegenteil Unabhängigkeit mit noch etwas mehr und nicht Unabhängigkeit mit noch etwas weniger. Es bringt mit ſich

die Mitgliedſchaft in einer freien und mächtigen Vereinigung, aus der jedes Element von Zwang verſchwunden iſt, die aber einen Weg gefunden hat, um gegenſeitiges Vertrauen und Zuſammenarbeit unter voller Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und Eigenart jedes Mitgliedes zu betätigen."

Trotzdem: Für Großbritannien beginnt mit der Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit Indiens, der diejenige von *Burma* folgen wird, eine neue Periode ſeiner Geſchichte. Das größte der Kolonialreiche, die ſich bis in unſere Tage erhalten haben, geht ſeiner Auflöſung entgegen, und auch dort, wo ſich die weiße Kolonialherrſchaft noch behauptet, iſt ihr Schickſal mit dem britiſchen Rückzug aus Vorder- und Hinterindien beſiegelt. Daran ändert weder Churchill noch de Gaulle das mindeſte. Bereits ſagt denn auch der unter operettenhaften Umſtänden aus der Verbannung entflohene marokkaniſche Führer Abd-el-Krim den Franzoſen im Namen von 20 Millionen Nordafrikanern den Kampf an, einen Kampf, den Frankreich trotz dem Scharfmachergeneral Juin, den es als Gouverneur nach Marokko geſchickt hat, ſo wenig gewinnen wird wie den Krieg, den es in Madagaskar und Viet Nam gegen die aufſtändiſchen Eingeborenen zu führen hat. Aber offenbar *glaubt* es, oder glauben wenigſtens ſeine führenden Parteien und Schichten, immer noch an die Möglichkeit einer Fortſetzung der Kolonialherrſchaft in irgendeiner Form. Und Pandit Nehru hat als Präſident der „Konferenz für Raſſenbeziehungen", die, von 250 Abgeordneten aus 27 öſtlichen Ländern beſchickt, im Mai in Indien tagte, durchaus recht gehabt, wenn er in ſeiner Schlußanſprache darauf hinwies, daß „die europäiſchen Nationen, die Lehren der Geſchichte nicht beherzigend und die Zeitereigniſſe hier, in Aſien und in Afrika, nicht verſtehend, leider immer noch darauf ausgehen, denjenigen Wirtſchaftstypus aufrechtzuerhalten, aus dem ſie in der Vergangenheit Gewinn gezogen haben. Das wird für ſie ein unmögliches Unterfangen ſein und ſie ins Verderben führen".

Nehru meinte damit die jahrhundertelange „Arbeitsteilung" zwiſchen Rohſtoffe und billige Arbeitskräfte liefernden Ueberſeeländern und hochentwickelten, ausbeutenden Induſtrieſtaaten und die Zerſtörung dieſes vermeintlichen Gleichgewichtes durch die raſch fortſchreitende Induſtrialiſierung und wirtſchaftliche Verſelbſtändigung der „rückſtändigen" Länder — dieſen recht eigentlich revolutionären Vorgang, ohne deſſen Würdigung man die Unabhängigkeitsbewegung der farbigen Raſſen überhaupt nicht verſteht. Der Freiheitswille, das menſchliche Selbſtbewußtſein der Kolonialvölker iſt nicht zuletzt — wieder einmal iſt die „Liſt der Idee" am Werke — durch die ausbeutenden, kapitalausführenden, die ganze Erde durchinduſtrialiſierenden „Herrennationen" ſelber geweckt worden und benützt nun die unaufhaltſam weitergehende Europäiſierung und Amerikaniſierung der einſtigen Untertanenländer ſeinerſeits dazu, ſich groß-

artig, verheißungsvoll zu verwirklichen. Der alte wie der neue Imperialismus wird daran mitſamt ſeinem Nährvater, dem Kapitalismus, zugrundegehen.

So geht's nicht! Die herrſchenden Klaſſen der weſtlichen Welt ſind freilich, wie geſagt, weit davon entfernt, ſich dieſer Lage klar bewußt zu werden und die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen. Ja, dunkel fühlen ſie wohl ſchon, daß ihre Zeit vorbei iſt und der Boden unter ihren Füßen ſchwankt. Aber ſie klammern ſich dafür nur umſo heftiger an das, was ſie zu beſitzen glauben, reden ſich immer noch ein, in der „freien" Wirtſchaft liege die Gewähr für Wohlſtand, Geſittung und Frieden, und ſtürzen ſich mit Leidenſchaft auf die Sowjetunion, dabei den Kampf gegen deren *Diktaturregime* als Vorwand für den ihnen unendlich näher am Portemonnaie liegenden Kampf gegen die in Rußland Geſtalt annehmende *ſozialiſtiſche Idee* benützend. Es iſt ein Klaſſenkampf im Weltmaßſtab, den der kapitaliſtiſche Weſten hier gegen den kommuniſtiſchen Oſten führt. Wie Freda Kirchwey, die Leiterin der New Yorker „Nation" ſagt:

„Die Weſtmächte haben ihr Möglichſtes getan, um eine ſoziale Wandlung zu erſticken. Griechenland iſt ein in Revolution begriffenes Volk. Dieſe Revolution iſt nicht in Moskau gemacht worden. Daß 1944 kein Umſchwung erfolgte, der dem von 1789 in Frankreich und 1917 in Rußland geſchehenen zu vergleichen wäre, daran iſt die Churchill-Regierung ſchuld. Vernünftige Amerikaner müſſen ſich fragen, ob ſie wirklich den politiſchen Krieg führen wollen, den Truman erklärt hat. Es iſt ein Krieg, den wir nicht gewinnen können, und Rußland weiß es."

Oder haben die Vereinigten Staaten doch Ausſicht, ihn zu gewinnen — wenigſtens teilweiſe? Profeſſor Frederick Schuman ſcheint es für möglich zu halten, wenn er (in ſeinem Buche „Soviet Politics") ſchreibt:

„In dem Klaſſenkonflikt, der ſich unvermeidlicherweiſe über die Erde hin ausbreiten und die Grenzlinien der Mächtekoalitionen durchbrechen wird, findet Amerika Bundesgenoſſen unter den Vornehmen, den Prieſtern und Plutokraten, während die Sowjetunion Proletarier, Bauern und Kolonialuntertanen für ihre Sache aufbietet. Dieſe Machtprobe wird von den Vereinigten Staaten in den aſiatiſchen Ländern gewonnen werden. Rußland wird in China, Indien und großen Teilen des Nahen Oſtens und Afrikas gewinnen."

Wie dem auch ſei: daß das konſervative Bürgertum ſeinen Kampf gegen die Sowjetunion führt, iſt ganz natürlich und begreiflich. Nicht natürlich und nur ſchwer begreiflich iſt es, daß auch ein Teil der *ſozialdemokratiſchen* Bewegung an dieſem Kampfe teilnimmt oder ihn doch fördert. Dieſen Gruppen iſt es zwar — bei aller Verbürgerlichung, die weithin an der weſtlichen Arbeiterbewegung feſtzuſtellen iſt — mit ihrer Brandmarkung der ruſſiſchen Diktatur völliger Ernſt. Gleichzeitig tritt aber für ſie das *andere*, das *ſozialiſtiſche* Element

an der Sowjetunion derart in den Hintergrund — bisweilen wird es ſogar rundweg geleugnet —, daß ſie ſich gegenüber Rußland und der kommuniſtiſchen Weltbewegung im weſentlichen eben doch *negativ* einſtellen und damit der *bürgerlichen* Art, die Sowjetunion zu bekämpfen, ebenſo bedenkliche wie willkommene Helferdienſte leiſten. Sie verbauen ſich damit ſelbſt den Weg zu einer *wirklichen*, erfolgverſprechenden Bekämpfung des Kommunismus, der — wir müſſen es immer wieder ſagen — darin beſteht, daß wir ſein geſchichtliches *Recht* durch die Vertretung eines im beſten Sinne radikalen, auf eine Umwälzung von Grund auf gerichteten Sozialismus anerkennen, ſein *Unrecht* aber durch die Verbindung dieſes ſozialiſtiſchen Radikalismus mit freiheitlich-demokratiſchem Geiſte aufzuheben und wirkungslos zu machen trachten. Die Hauptkraft aber auf den Kampf gegen die kommuniſtiſche *Diktatur* zu verwenden, die viel notwendigere Vertretung eines neuen, wurzelhaften, in die Tiefe gehenden und nach der Höhe ſtrebenden Sozialismus (zu der die religiöſen Sozialiſten am erſten berufen wären!) zu verſäumen und einem dann eben unvermeidlich werdenden Erſatzradikalismus das Feld zu überlaſſen — das heißt letzten Endes die falſche Frageſtellung: „Faſchismus oder Kommunismus?“ begünſtigen und die Leitung der ſozialen Umwälzungen den autoritären, an die Gewalt appellierenden Sozialiſten in die Hand ſpielen.

Was not tut Die vorhin zitierte Herausgeberin der New Yorker „Nation“ ſtellt ganz richtig feſt:

„Jetzt haben wir den großen Kreuzzug — denjenigen, für den uns, wie man ſich erinnern wird, Hitler ſchon längſt gewinnen wollte. Ich glaube, wir gefährden unſere Lebensform eher damit, daß wir die Trumandoktrin annehmen, als indem wir ſie ablehnen ... Die andere Möglichkeit beſteht darin, die Revolution den Ruſſen aus der Hand zu nehmen. Das Mittel, um die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern, liegt darin, die induſtrielle und landwirtſchaftliche Revolution, die Europa und Aſien erfaßt hat, anzuerkennen, *mit* ihr, nicht *gegen* ſie zu arbeiten, und das heißt den Sozialismus im Hauptteil Europas und eine neue Agrarverfaſſung auf dem Balkan und in Aſien anzunehmen. Das ſchließt die Ueberwindung der herrſchenden Schichten in ſich, die in der Vergangenheit jene Länder durch die verſchiedenſten politiſchen Maſchinerien — monarchiſtiſche, faſchiſtiſche und ſogar republikaniſche — regiert haben.“

Der Rat, der hier zunächſt dem fortſchrittlichen Bürgertum gegeben wird, richtet ſich natürlich noch viel mehr an den *demokratiſchen Sozialismus*. Iſt er bereit, entſchloſſen dieſen Weg zu gehen und „die Revolution den Ruſſen aus der Hand zu nehmen“? In einem Begrüßungsartikel, den die ... „Neue Zürcher Zeitung“ der jüngſt in Zürich abgehaltenen internationalen Sozialiſtenkonferenz gewidmet hat, konnte man auch dieſe erbauliche Stelle leſen:

„Zerbrach die Illuſion auf den internationalen pazifiſtiſchen Proteſt im erſten Weltkrieg gleich beim Beginn, ſo wurde die Sehnſucht nach einer weltweiten Er-

hebung (nämlich gegen den Kapitalismus. H. K.) im Gefolge des zweiten Weltkrieges am Schluß des Ringens zuſchanden. Die Auseinanderſetzung mit dem totalitären Syſtem dauerte an, der Sozialismus iſt wiederum genötigt, zwiſchen Demokratie und Abſolutismus zu wählen ...

Die urſprünglichen ſozialiſtiſchen Frageſtellungen ſind in den zweiten und dritten Rang hinabgerutſcht. Es geht heute nicht ſo ſehr um die ‚Expropriation der Expropriateure', um die Beſeitigung des ‚bürgerlichen Klaſſenſtaates', um die theatraliſch-brutale Uebernahme der Macht, als vielmehr um die Rechte und Würde des Einzelmenſchen, um die gewerkſchaftliche Freiheit, um die Hebung der Produktion in gemeinſamer Anſtrengung und um die Löſung weltpolitiſcher Gegenſätze. Wohl unternehmen in einzelnen Staaten die ſozialiſtiſchen Parteien kräftige Verſuche, das Wirtſchaftsleben vom Schreibtiſch aus zu reformieren, wohl lebt in ihnen noch der eingeimpfte Haß gegen die bürgerliche Weltordnung, aber dieſe Relikte des Marxismus werden überſchattet vom Geſpenſt der Diktatur oder der Bureaukratie, das die ‚ſchwerfälligen Millionen' gebannt ſehen möchten."

Wir müſſen uns ſchämen, daß ein Organ des Beſitzbürgertums über die ſozialiſtiſche Bewegung des Weſtens ſo ſchreiben kann. Soll das aber wirklich das letzte Wort über ſie ſein? Das hängt ganz von ihr ſelber ab. Der Zürcher Kongreß hat freilich wenig getan (vielleicht wenig tun *können*), um die „Neue Zürcher Zeitung" zu dementieren. Schon beginnen die deutſchen Sozialdemokraten wieder eine Hauptrolle in der internationalen ſozialiſtiſchen Bewegung zu ſpielen. Einem Kurt Schumacher, der gewiß als leidgeprüfter, tapferer Menſch höchſter Achtung würdig iſt, hört man mit offenem Munde zu, weil er klug genug war, um in Zürich nicht den nationalſozialiſtiſchen Volkstribunen und Kommuniſtenhetzer herauszukehren, der er in Deutſchland iſt [5]). Anderſeits iſt von der britiſchen Labourpartei vorerſt auch kein entſcheidender Antrieb für eine lebendige ſozialiſtiſche Weltbewegung zu erwarten, ſolange ihren erſten Führern, wie es anläßlich des Kongreſſes von Margate geſchah, bürgerlicherſeits nachgerühmt werden kann, ſie hätten dem Klaſſenkampf (lies:

---

[5]) Gegenüber gewiſſen Anfällen von Gedächtnisſchwäche ſei doch wieder einmal daran erinnert, daß die deutſchen Sozialdemokraten mindeſtens 80 Prozent von Hitlers „nationaler" Außenpolitik *auch* für richtig befunden haben. Sie haben von 1914 an in vorderſter Reihe gegen die „Kriegsſchuldlüge" gekämpft; die Revolution von 1918 iſt ohne ihr Zutun, ja gegen ihren Willen gekommen; ſie haben die alten Generäle ſofort wieder in den Sattel geſetzt und den „Schmachfrieden von Verſailles" mit dem gleichen patriotiſchen Eifer denunziert, mit dem ſie ſeine Zerreißung oder Sabotierung und nachher die militäriſche Wiederaufrichtung Deutſchlands begünſtigt haben. Der Einverleibung Oeſterreichs haben ſie aufs wirkſamſte vorgearbeitet, auch wenn die Annexion dann in etwas anderen Formen kam, als ſie es ſich vorgeſtellt hatten, und die Angliederung des Sudetenlandes ans Deutſche Reich durchaus in der Ordnung gefunden, ſo wie ihnen auch die Polenpolitik Hitlers kaum ſehr viel Uebelkeit bereitet hat. Kurz, die deutſchen Sozialdemokraten der Weimarer Epoche haben tatkräftig die nationaliſtiſche Stimmung miterzeugen helfen, ohne die der extreme Nazismus (den ſie dann freilich — zu ſpät — ablehnten) niemals großgeworden wäre. Inſofern ſind ſie durchaus mitſchuldig an dem, was ſeit 1933 paſſiert iſt.

dem Sozialismus) eine kräftige Abſage erteilt und ihre Anhänger dazu gebracht, ihnen „auf neuen und ungewohnten Wegen zu folgen".

Wir müſſen wohl unſere Hoffnung auf andere Kräfte ſetzen, die ſichtbar und noch mehr unſichtbar dennoch am Werke ſind, um eine neue Welt zu ſchaffen, auch wenn es in Formen und an Orten geſchieht, die wir nicht erwartet hatten. Und müſſen vor allem ſelbſt, an *unſerem* Orte, das Kommen eines neuen, rettenden Geiſtes vorbereiten helfen, ſei es auch nur durch furchtloſes Ausſprechen deſſen, was iſt, nach dem Maße der Klarheit, die uns verliehen iſt.

18. Juni 1947. *Hugo Kramer.*

Zum 6. Juli.

Der mir zur Verfügung ſtehende Raum erlaubt diesmal keine Schweizeriſche Rundſchau. Ein ganz kurzes Wort zum 6. Juli muß genügen.

Eine beſondere Aufforderung an die Leſer (die Leſerinnen haben ja wieder einmal nichts zu ſagen), der Vorlage über die *Alters- und Hinterlaſſenenverſicherung* zuzuſtimmen, iſt ja eigentlich ſicher nicht mehr nötig; dennoch ſoll auch hier nicht unterlaſſen werden, auf die Notwendigkeit hinzuweiſen, daß das Geſetz nicht bloß mit Mehrheit, ſondern mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen wird. Die Schande und der Schaden einer Verwerfung wären unausdenkbar. Dabei brauchen wir keineswegs die dithyrambiſche Verherrlichung der Vorlage („das größte ſchweizeriſche Sozialwerk des Jahrhunderts" uſw.) mitzumachen, die jetzt etwa betrieben wird, und damit jenem Beſitzbürgertum ein gutes Gewiſſen zu geben, das für eine *ausreichende* Altersverſicherung kein Geld zu haben behauptet, für eine völlig ſicher nutzloſe, ja verhängnisvolle militäriſche Aufrüſtung aber alljährlich drei- oder vierhundert Millionen zum Fenſter hinauswirft. Das Werk, das jetzt dem Volksentſcheid unterſteht, iſt nur ein Anfang; aber als ſolchem ſagen wir Ja zu ihm und erwarten, daß es nicht einer Koalition von Habſucht und Kurzſichtigkeit zum Opfer falle.

Für die andere Abſtimmungsvorlage, die neuen *Wirtſchaftsartikel* der Bundesverfaſſung, kann ich mich nicht erwärmen. Sie bleibt allzuſehr hinter den wirklichen Notwendigkeiten einer ernſthaften Wirtſchaftsreform zurück, als daß die taktiſchen Vorteile, um deretwillen ihre Annahme jetzt auch von links empfohlen wird, insbeſondere die Rückſicht auf die Bauern, bei denen für die Altersverſicherung gut Wetter gemacht werden ſoll, für mich ſtark ins Gewicht fallen könnten. Aber ich gebe zu, man kann in guten Treuen auch anderer Meinung ſein; ſtimme eben ein jeder ſo, wie er es nach beſtem Wiſſen und Gewiſſen tun muß. *H. K.*